Bestellungen an jedem Werktag. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten und Postboten entgegen

Bezugspreis vierteljährlich, hier mit Trägerlohn M. 12.— ausserhalb 12.45 zuzüglich der Postgebühren. Monatl. nach Verhältnis.

Anzeigen-Gebühr für die einspaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum bei einmaliger Einrückung 50 Pfg., bei mehrmaliger Rabatt nach Tarif. Bei gerichtl. Beitreibung u. Konkursen wird der Rabatt hinfällig

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Gegründet 1826

Verantwortlicher Schriftleiter: [illegible] Fritter (Karl Fritter) Nagold.

Verbreitetste Zeitung im Oberamtsbezirk. — Anzeigen sind daher von bestem Erfolg.

Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen. Es wird keine Gewähr für Erscheinen von Anzeigen und Anzeigen aber Reklamen in bestimmten Ausgaben oder an der gewünschten Stelle erscheinen. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.

Postscheckkonto: Stuttgart 5113.

Nr. 111 — Dienstag den 17. Mai 1921 — 95. Jahrgang

Bolschewistische Größen über das deutsch-bolschewistische Abkommen.

ABC. Das Zustandekommen des deutsch bolschewistischen Abkommens wird in der Sowjetpresse als ein bedeutender diplomatischer Sieg Moskaus gefeiert. Vorläufig liegen begutachtende Aeußerungen über die Bedeutung des Abkommens von seiten des an den deutsch bolschewistischen Verhandlungen selbst beteiligten Aaron Scheinmann und des Vertreters des Außenhandelskommissariats bei der Sowjetkommission in Berlin, Stamontjakow, vor. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des Berliner bolschewistischen Blattes „Nowy Mir" hat Aaron Scheinmann sich dahin geäußert, daß das Wesentliche des Vertrages darin liege, daß dem russischen Vertreter die Rechte eines Gesandten zuerkannt seien, wodurch die Möglichkeit ihrer Arbeit gewährleistet werde. Von Bedeutung hält Scheinmann auch die Vereinbarung, daß die Vertretung der Sowjetregierung als die einzige Vertretung des russischen Reiches in Deutschland vertraglich festgelegt sei. Durch die Uebernahme konsularischer Funktionen werde die Sowjetregierung in der Lage sein, vielen Zehntausenden russischer Bürger, die bisher als Staatenlose lebten, den „Schutz ihres Vaterlandes" angedeihen zu lassen. In wirtschaftlicher Beziehung begrüßt Scheinmann den Vertrag auf das wärmste und ist überzeugt, daß in Zukunft der deutsche Industrielle und Kaufmann nicht die geringsten Bedenken tragen wird, Waren nach Rußland einzuführen, oder solche in Rußland zu kaufen. Gleichermaßen werde auch Sowjetrußland in Zukunft seine Kapitalien und Waren ungehindert nach Deutschland schaffen können, ohne dabei Gefahr zu laufen, daß sie konfisziert werden könnten.

Der Vertreter des Außenhandelskommissariats Stamontjakow gibt seiner tiefen Befriedigung Ausdruck, daß die schwierigen und langwierigen Verhandlungen glücklich zum Abschluß gekommen sind. Die schon seit einiger Zeit bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland würden durch den Vertrag legalisiert. Dem Ausbau der Beziehungen sei jetzt freie Bahn geschaffen. Scheinmann betont, daß durch den Vertrag alle Bedenken der deutschen Wirtschaftskreise, mit der Berliner Sowjetvertretung geschlossene Verträge könnten, als der rechtlichen Grundlage entbehrend, für ungültig erklärt werden, zerstreut seien. Das Zustandekommen des Abkommens erleichtere die Arbeit der hiesigen Sowjetvertretung außerordentlich.

•

Oeffnung des Petersburger Hafens.

Stockholm, 14. Mai. Nach einer Meldung des hiesigen Vertreters hat die Sowjetregierung alle interessierten Staaten offiziell darüber unterrichtet, daß die Häfen von Petersburg und Kronstadt wieder geöffnet sind, doch stehen sie nur den Schiffen freundschaftlich gesinnter Staaten offen.

Probleme der deutschen Ausfuhr.

W.W. Der Verband hat uns eine Abgabe von 26 vom Hundert der gesamten Ausfuhr auferlegt. Es ist uns dabei die Freiheit gelassen worden, wie wir diese Abgaben auf die einzelnen Waren verteilen wollen. Das Ergebnis soll aber in allen Fällen sein, daß wir 26 vom Hundert des Wertes der Gesamtausfuhr an den Verband abführen. Berechnungen auf der Grundlage, wie hoch die Ausfuhr vor dem Kriege war, und wie hoch sie gegenwärtig ist, sind an sich zwecklos. Selbst wenn wir annehmen, daß die Ausfuhr im Jahr 1921 die Summe von sechs Milliarden Goldmark erreichen wird, ist damit für die Wiederherstellung und für die Zukunft nichts gewonnen. Zunächst ist zu sagen, daß die Ausfuhr kein Gradmesser für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes ist. Sie kann es sein, sie muß es aber nicht sein. In Betracht kommt vielmehr der ganze wirtschaftliche Aufbau. Wenn Deutschland über alle Rohstoffe verfügte, wenn es überhaupt keine Einfuhr notwendig hätte, dann wäre vielleicht die Ausfuhr an sich ein Geschäft. Aber auch nur vielleicht. Es kommt ganz darauf an, unter welchen Bedingungen wir auf den Auslandsmärkten verkaufen können. Nun sind wir von der Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln nicht unabhängig. Rohstoffe, die wir unbedingt für unsere Wirtschaft gebrauchen, sind Baumwolle, Eisenerze, Wolfram, Jute, Hanf, Flachs, Kohlerde, Kunstdünger usw. Auch unsere Nahrungsmittelbedeckung ist zu kurz. Wir müssen Getreide, Fett, Fleisch und Hülsenfrüchte einführen. Die Rechnung sieht also so, daß wir mit dem Wert der Ausfuhr die unbedingt notwendige Einfuhr bezahlen müssen. Nehmen wir an, daß wir die gesamte Luxuseinfuhr abzudrosseln vermögen, so bleibt dann immer noch ein Einfuhrwert übrig, der höher ist, als unsere Ausfuhr sein kann. Wir müssen berücksichtigen, daß wir zur Bezahlung der Einfuhr andere Mittel als die Ausfuhr nicht mehr zur Verfügung haben. Im Ausland angelegte Kapitalien, die Zinsen tragen, sind nicht mehr da. Ebensowenig können wir das überseeische Frachtgeschäft unserer Handelsflotte für uns fruchtbar machen. Wir haben keine Handelsflotte mehr. Auf der andern Seite ist unser Bedarf an ausländischen Rohstoffen beträchtlich gestiegen. Nicht deshalb, weil unsere Erzeugungskraft sich verdoppelt hat, sondern weil wir seit Jahren von den Auslandsmärkten abgeschnitten waren. Allein selbst im günstigsten Fall können wir nicht so viel Rohstoffe im Jahre einführen wie vor dem Kriege, weil uns die Zahlungsmittel fehlen. Der Wert der Ausfuhr reicht zur Deckung nicht aus. Wenn wir von dem Wert dieser Ausfuhr noch 26 vom Hundert abgeben sollen, so müssen wir die Mittel anderweit zu beschaffen suchen. Wir sind gar nicht in der Lage, den Wert der Ausfuhr um den Zuschlag zu erhöhen, und zwar deshalb nicht, weil die Preise auf den Auslandsmärkten nicht von uns festgesetzt werden. Wir haben mit dem schärfsten Wettbewerb zu rechnen, um so mehr, als die Industrialisierung selbst jener Staaten wächst, die bisher nur Rohstoffe lieferten. Es ist wahrscheinlich, daß wir unsere Erzeugnisse im Auslande mit Erfolg nur dann abzusetzen vermögen, wenn wir die Preise senken.

Den deutschen Erzeugern zuzumuten, die Abgabe zu tragen, geht nicht an, weil die dabei unvermeidlich entstehenden Verluste bald das gesamte Produktionskapital aufgezehrt haben würden. Das will auch der Verband nicht. Allein der Ausweg, den er uns vorschlägt ist noch weniger gangbar. Das Reich soll den Erzeugern, die Waren ausführen, den Schaden vergüten. Wieder setzt das die Erhöhung der Reichseinnahmen durch Steuern und Gebühren voraus. Diese Steuern und Gebühren müssen aber von der gesamten Wirtschaft getragen werden, also auch von den Erzeugern der Ausfuhrgüter. Mit anderen Worten: der innere Verbrauch wird unverhältnismäßig überlastet. Nehmen wir einmal an, daß die besonders ausfuhrfähigen Waren rund 50 vom Hundert als Abgabe tragen müssen, weil wir ja eben nicht alle Ausfuhrwaren gleichmäßig mit 26 vom Hundert belasten können. Diese besonders ausfuhrfähige Ware wird aber auch stark im Inland gebraucht, weil es sich vielleicht um Erzeugnisse der chemischen und elektrotechnischen Industrie handelt. Selbstständig folgt daraus, daß die Preise im Inland entweder um 50 vom Hundert glatt erhöht werden müssen, oder aber daß ein anderweitiger Abbau der Gestehungskosten, z. B. der Arbeitslöhne, zu erfolgen hat. Das bedeutet, daß unser allgemeiner Verbrauch sich senken muß, daß wir nur noch das Notwendigste für uns anzuschaffen vermögen. Die Wirtschaft schrumpft ein, nicht nur nach innen, sondern auch nach außen. Dabei ist noch gar nicht einmal berücksichtigt, daß internationale Wirtschaftskrisen die Preisverhältnisse umgestalten und beeinflussen. Schrumpft unser Inlandverbrauch ein, so entfällt damit die Möglichkeit oder wenigstens die Wahrscheinlichkeit, die zwei Milliarden Goldmark zu leisten, die uns unabhängig von der Ausfuhrabgabe auferlegt sind. Wir müssen versuchen, durch Entsagung und Entbehrung, durch Verstärkung der Arbeitsleistung die verlangten Summen aufzubringen. Jedenfalls wird eine außerordentliche Verstärkung der Arbeitsleistung nicht zu umgehen sein, selbst um den Preis des Verzichtes auf den grundsätzlichen Achtstundentag.

Amerikas Außenpolitik.

Die republikanischen Führer des Repräsentantenhauses haben sich dafür ausgesprochen, daß die Resolution Knox, die den Kriegszustand zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten für beendigt erklärt und nach ihrer Annahme durch den Senat noch im Repräsentantenhaus zur Beratung kommen muß, auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werde. Das Haus wird zweifellos dieser Anregung folgen. Es ist bekannt, daß weder das Weiße Haus noch das Staatsdepartement die Annahme der Resolution im gegenwärtigen Augenblick für wünschenswert hält. Solange die akute Krise in den Beziehungen der Alliierten zu Deutschland anhält, ist Harding offenbar nicht geneigt, die Annahme der Resolution Knox oder eine andere Maßnahme zu befürworten, die eine unzutreffende Deutung der amerikanischen Politik im Gefolge haben könnte. Der Präsident will überhaupt zunächst die Klärung der verschiedenen durch den Krieg aufgeworfenen Fragen, besonders insoweit Amerika an ihnen interessiert ist, abwarten, bevor er seine politische Linie endgültig festlegt. Einzig aus dem Bedürfnis heraus, sich auf direktem Wege die Informationen zu verschaffen, die nötig sind, um eine eigene Politik einzuleiten, hat jetzt Harding in den Obersten Rat, den Botschafterrat und die Reparationskommission Vertreter entsandt. Man darf wohl annehmen, daß nur die Rücksicht auf die amerikanischen Interessen, die durch die Beschlüsse dieser Körperschaften berührt werden können, Harding dazu bestimmt hat, sodaß die schnelle Zustimmung der Vereinigten Staaten zu der von den Alliierten ergangenen Einladung im Grunde nicht überraschen kann. Da in der Einleitung der Antwortnote Hughes übrigens erklärt, daß die Vereinigten Staaten die traditionelle Politik der Fernhaltung von der Teilnahme an rein europäischen Angelegenheiten aufrecht erhalten, kann der Schritt des Präsidenten nicht mißverstanden werden. Zwar hat Harding nur inoffiziell Vertreter in die drei Körperschaften delegiert, da für die Ernennung von offiziellen Vertretern, wenigstens was die Vertreter im Obersten Rat und in der Botschafterkonferenz angeht — in der Reparationskommission nimmt Boyden einfach wieder den bis kurz vor dem Rücktritt Wilsons innegehabten Platz ein — die formelle Zustimmung des Senats erforderlich wäre, die Harding unter den gegenwärtigen Umständen schwerlich erlangen würde. Gleichwohl hat der Schritt der Administration im Senat starke Verstimmung hervorgerufen, da man glaubt, Harding verlasse damit die Politik, für die er sich in Uebereinstimmung mit der republikanischen Partei vor seinem Amtsantritt ausgesprochen hat. Im Gegensatz dazu versprechen sich die Mitglieder des Repräsentantenhauses offenbar von der Errichtung dieser diplomatischen Hochposten eine günstige Wirkung. Da sie die Atempause, die die amerikanische Verwaltung noch nötig zu haben glaubt, nicht stören wollen, beabsichtigen sie vorerst davon abzusehen, die Resolution Knox zu diskutieren oder anzunehmen. Auch dieser Plan, der sich in Gegensatz zu der Haltung des Senats stellen würde, hat im Senat große Unzufriedenheit erregt.

Oberschlesien.

Französische Befürchtungen.

Kopenhagen, 14. Mai. Der Pariser Korrespondent der „Berlingske Tidende" meldet: Man befürchtet hier, daß die oberschlesische Frage eine Spaltung innerhalb der Entente hervorrufen wird. Wie es scheint, hat die deutsche Regierung gewisse Versprechungen hinsichtlich der Auslegung der Ergebnisse der Volksabstimmung erhalten.

Die Bedeutung der Rede Lloyd Georges.

London, 15. Mai. Lloyd George schlug in seiner beifällig aufgenommenen oberschlesischen Rede Töne an, wie sie seit Jahren nicht mehr gehört worden. Ihr Kernpunkt war eine scharfe Absage an die Verletzung des Friedensvertrags durch die Polen und an die Pariser Absicht, England ein anderes als das bereits gefaßte Votum in der Plebiszitfrage aufzuzwingen, bedeutete. Lloyd George betonte nicht nur die Ehrenpflicht der Alliierten, sondern auch realpolitische Erwägungen, da man damit rechnen müsse, daß Deutschland wieder erstarken werde und Rußlands spätere Haltung nach seiner Wiederaufrichtung unübersehbar sei. Bezüglich des Friedensvertrags werde Gewalt immer weniger gelten, desto mehr Deutschlands Ehre und Kredit. Lloyd George formulierte scharf die Alternative: entweder müssen die Alliierten die Ordnung in Oberschlesien herstellen oder sie müssen Deutschlands Selbsthilfe gutheißen. Die Rede findet größte Beachtung. Sie beweist eine erhebliche Kräftigung der gemäßigten Londoner Stimmen, was auf das Einlenken Deutschlands und seine bedächtige Haltung gegenüber dem Polenaufstande zurückzuführen ist.

Die englische Presse zu Lloyd Georges Rede betreffs Oberschlesien.

London, 15. Mai. Die Rede Lloyd Georges über Oberschlesien im Unterhaus nennt Daily Expreß kühn und staatsmännisch. Die Polen hätten sich der schnödesten Undankbarkeit gegen die Alliierten schuldig gemacht und ein Verbrechen gegen den Weltfrieden begangen, für das sie zur Rechenschaft gezogen werden müßten. — Daily Chronicle schreibt, die Lage in Oberschlesien sei für die Alliierten erniedrigend und auch besorgniserregend. Die Alliierten seien jedoch selbst nicht frei von Schuld. Der Hauptgrund sei, daß sie bisher nicht in der Lage gewesen seien, bezüglich der oberschlesischen Polizei sich miteinander zu verständigen. — Daily News schreiben, es beständen Beweise für die vorsätzliche Weigerung der französischen Streitkräfte in Oberschlesien, der Aufstandsbewegung entgegenzutreten in einem Augenblick, wo es hätte noch geschehen können. In einem Pariser Blatt stehe sogar, daß die französische Regierung beschlossen habe, den Industriebezirk Polen zuzuweisen und daß wenn die anderen Alliierten diesen Beschluß nicht annehmen würden, Briand und seine Kollegen an der nächsten Sitzung des Obersten Rats nicht teilnehmen würden. — Morning Post greift in einem Leitartikel Lloyd George heftig an und wirft ihm Deutschfreundlichkeit und Abneigung gegen Polen vor.

Englische Note an Frankreich betreffs Oberschlesien.

London, 15. Mai. Die Agence Havas meldet: Heute wurde versichert, daß die englische Regierung dem franz. Ministerpräsidenten Briand eine Note über die Ereignisse in Oberschlesien überreicht habe. Diese Note soll den Standpunkt der englischen Regierung darlegen, ähnlich demjenigen, den der engl. Premierminister in seiner Rede von gestern dargelegt hat. Briand wird gebeten, zur Prüfung der Lage mit Lloyd George in Boulogne zusammenzukommen. Der franz. Ministerpräsident soll in seiner Antwort den franz. Standpunkt und die franz. Auffassung so ausgedrückt haben, wie man es aus seinen bekannten Reden gewöhnt ist. Briand wünscht, Oberschlesien in Ausführung des Friedensvertrages und der Volksabstimmung zugesprochen zu sehen und teilt mit, daß er über diese Angelegenheit in keine Unterhandlung eintreten könne, ehe sie der franz. Kammer vorgelegt wäre.

Die Oberschlesische Frage zwischen Frankreich und England.

Paris, 15. Mai. Es verlautet, daß General Lerond, der Präsident der interalliierten Kommission in Oppeln, dieser Tage behauptet habe, er brauche, um die Lage in Oberschlesien wiederherzustellen, mindestens 60 000 Mann. Die endgültige Entscheidung über die deutsch polnische Grenze soll nunmehr dem Obersten Rat vorbehalten sein und der Botschafterrat sei grundsätzlich ausgeschaltet worden. Merkwürdigerweise wird nun hier, nachdem man einmal auf die Entscheidung gedrängt hat, plötzlich gebremst. Man wünscht nur

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

das, daß der Oberste Rat der Entente nicht in der nächsten Zukunft über die Grenze entscheidet und zwar wegen der gewaltsamen Gefühle und Gesinnungen, die Lloyd George an den Tag gelegt hat und infolge der unerschütterlichen Entschlossenheit der französischen Regierung, Lloyd George Widerstand zu leisten. Es soll damit gesagt werden, daß die Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris in der oberschlesischen Frage nunmehr so zugespitzt ist, daß unter diesen Umständen an eine sofortige Entscheidung der neuen Grenze nicht gedacht werden kann. Man hat hier Lloyd George namentlich im Verdacht, daß er den Deutschen Oberschlesien versprochen habe, um die Annahme der Londoner Forderungen zu ermöglichen. Man ist auch verschnupft, über die Londoner Gerüchte über eine Abschaffung der militärischen und wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen vom März und April bezüglich der Zollschranke im Rheinland und der Besetzung von Ruhrort usw. Die französische Regierung soll entschlossen sein, diese Zwangsmaßnahmen nicht fallen zu lassen, bis Deutschland seinen dauernden guten Willen bewiesen hat.

Sanktionen Italiens.

Rom, 15. Mai. Der „Corriere della Sera" droht mit Sanktionen gegen Korfantiy und die polnische Regierung. Nötigenfalls soll Deutschland ermächtigt werden, die alliierten Truppen durch Reichswehr zu ersetzen.

Kleine politische Nachrichten.

England und der Bolschewismus.

London, 14. Mai. Im Unterhaus erklärte Lloyd George gestern, die englische Regierung beobachte sehr genau die bolschewistische Propaganda und sei bereit, eine sofortige Aktion zu unternehmen, wenn sie gerechtfertigt sei gegen Personen, die die Saat der Revolution in England zu säen versuchten. — Das Haus ging darauf bis zum 24. Mai in die Pfingstferien.

Technische Nothilfe auch in England.

London, 15. Mai. Reuter. Die Kraftstation Greenwich, die den Strom für die Londoner Straßenbahnen liefert, war in den letzten 24 Stunden von Freiwilligen betrieben worden weil die städtischen Arbeiter wegen der Verwendung ausländischer Kohle gestreikt hatten. In der letzten Nacht sind die Freiwilligen durch Maschineningenieure und Heizer von der Flotte ersetzt worden, die unter militärischem Schutz arbeiten.

Sowjetrussische Bedrohung Rumäniens.

Bukarest, 16. Mai. Die Nachricht, daß Sowjetrußland zu einem Feldzug gegen Polen und Rumänien rüstet, scheint sich zu bestätigen. Daß Sowjetrußland die Absicht hat, Rumänien anzugreifen, bestätigt die Tatsache, daß die Friedensverhandlungen, die am 6. Mai in Riga beginnen sollten, auf funkentelegraphische Aufforderung der Moskauer Regierung unterblieben. Die rumänischen Delegierten, die sich bereits in Riga eingefunden hatten, mußten zurückberufen werden. Die Ausscheidung der Verhandlungen wurde russischerseits mit technischen Schwierigkeiten begründet, doch glaubt man in Bukarest den Friedensnachrichten Tschitscherins nicht mehr. In Anbetracht der drohenden Gefahr ist eine teilweise Mobilisierung der rumänischen Armee angeordnet worden.

Die Salpetererzeugung in Chile.

Paris, 13. Mai. Wie „Havas" aus Santiago de Chile meldet, hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach der Staat das ausschließliche Einkaufsmonopol für die Salpetererzeugung, sowie das Monopol für den unmittelbaren Warenverkauf an die Verbraucher und an das Ausland erhalten soll. Ein zweiter Entwurf ermächtigt den Präsidenten der Republik, für einen Zeitraum bis zu einem Jahr die Einfuhr gewisser Waren zu untersagen, für die ein Einfuhrverbot für nötig gehalten oder ihr Bedarf nicht als dringend anerkannt wird.

Die italienischen Wahlen.

Rom, 16. Mai. Agenzia Stefani. Die Wahlen zur Deputiertenkammer sind heute im ganzen Lande, einschließlich der neuen Provinzen, vorgenommen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 50—70 vom Hundert. In manchen Wahlkreisen war sie stärker als im Jahre 1919. Namentlich in Rom war die Wahlbeteiligung sehr stark. Zu Ruhestörungen ist es nur in der Provinz Neapel gekommen: in Ponticelli gab es bei einem Zusammenstoß zwischen Faszisten und Kommunisten einen Toten. Auch aus Resina wird ein Toter gemeldet.

Von der Abstimmung über das Ultimatum.

Bei der Abstimmung im Reichstag über das feindliche Ultimatum stimmten 220 Abgeordnete für Unterzeichnung, 172 für Ablehnung, 1 enthielt sich der Abstimmung, 76 Abgeordnete fehlten. Im einzelnen stimmten: Vom Zentrum 59, von der Demokratie 17, von der Sozialdemokratie 93, von den Unabhängigen 46, von der Deutschen Volkspartei 6, von der Bayerischen Volkspartei 2 und von den Kommunisten 1 für die Unterzeichnung. Für Ablehnung stimmten 60 Deutschnationale, 51 Deutsche Volksparteiler, 21 Demokraten, 14 Bayerische Volksparteiler, 17 Kommunisten, 2 Bayerische Bauernbündler und 2 Deutsch Hannoveraner. Aus Württemberg stimmen mit Ja: Dr. Hieber, Bolz, Andre, Keil, Hildenbrand, Feuerstein, Schlicke, Remmele (Komm.), Crispien und Frau Ziegler-Heilbronn; mit Nein: die Demokraten Haußmann und Wieland und die Deutschnationalen Bazille, Vogt, Körner und Haag.

Die Einbrecher von der Weimarer Fürstengruft entdeckt.

Berlin. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers" aus Weimar haben die kürzlich zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten Einbrecher, die aus der Weimarer Fürstengruft die goldenen und silbernen Kränze von den Särgen Goethes und Schillers gestohlen hatten, das Geständnis abgelegt, daß sie die Kränze in einem Wäldchen in der Nähe von Weimar vergraben hätten. Bei Nachgrabungen wurden die Kränze zwar stark beschädigt, aber doch herstellungsfähig vorgefunden.

Hindenburgs Gemahlin gestorben.

Hannover, 14. Mai. Die Gemahlin des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg ist im Laufe der vergangenen Nacht nach achtmonatiger, schwerer Krankheit im 61. Lebensjahr gestorben. Die Beisetzung findet am Mittwoch, den 18. Mai nachm. 3 Uhr auf dem Spöckener Friedhof in Hannover statt.

Aus Stadt und Bezirk.

Nagold, 17. Mai 1921.

* **Kinderlieder-Konzert.** Wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich, veranstaltet am Donnerstag den 19. Mai, abends ½8 Uhr im Festsaale des Seminars Frl. Helene Kaussler aus Reutlingen ein Kinderliederkonzert für Jung und Alt. Nach längerer Pause dürfen wir die auch hier im besten Andenken stehende Künstlerin wieder begrüßen, die Jungen und Alten schon so manche frohe Stunde bereitet hat durch ihre Lieder. Neben altbekannten von Reinecke und Taubert — den „Klassikern" des Kinderliedes — sind es diesmal namentlich Lieder von neueren, jetzt lebenden Tondichtern, die uns die Sängerin vortragen wird: Kienzl, der Komponist des Evangelimann, Josef Haas, der Professor am Stuttgarter Konservatorium, Reger, sein Lehrer, Leo Blech, der Berliner Julius Weismann-Freiburg kommen zu Gehör. Der Konzertbesucher wird staunen, welche Fülle von Feinheit und musikalischem Wert auch in den modernen Liedern steckt. Das Kinderherz kann sich freuen und jubeln beim Hören all dieser reizenden Weisen. Auf besonderen Wunsch wird die Künstlerin einige Klavierstücke dem Programme einfügen. Wir wünschen der Veranstaltung recht zahlreichen Besuch.

* **Hinter Pfingsten.** Wie rasch sind sie doch vorbeigegangen, diese beiden Pfingsttage. Soll nun wirklich wieder der graue Alltag beginnen? Der Himmel kennt kein Erbarmen, denn die Zeit bleibt nicht still stehen. Aber wir wollens doch bekennen: Ich glaube, s'ist keiner unter uns, der sich gestern und vorgestern nicht ein wenig gefreut hätte. Petrus hatte Feiertagslaune und hielt die Schleusen des Himmels sorgfältig verstopft. Ein rechtes Wanderwetter war's und die Gastwirte können zufrieden sein. Und während unsere Alten an den nun hinter uns liegenden beiden Pfingsttagen sich's gemütlich machten, ist unsere Jugend vor Tau und Tag in den „Maien" hinausgezogen. Ja, auch für ältliche Jungfrauen gab's was: Wenn man seinen Teint auffrischen will, muß man sich in der ersten Dämmerung im Garten mit Maitau waschen — das kommt nämlich auch in Nagold vor; aber man will diskreter Weise keinen Namen nennen — nun ja „ein jedes Tierlein . . . . ." Wohl bekomms allerseits! — Am Sonntag Abend und Montag früh gab uns auch der Bläserchor des Jünglingsvereins Mardach von der Vorstadt und vom Schloßberg aus einige Choräle zum Besten.

* **Landeszusammenkunft des Landwehr-Inf.-Rgts. Nr. 126.** Am Sonntag, den 22. Mai, findet die Zusammenkunft ehemal. Angehöriger des Landwehr-Inf.-Rgts. Nr. 126 in Stuttgart statt. Teilnehmer oder Regimentsangehörige, welche eine Einladung, mangels Adresse, nicht erhalten haben, wollen sich an Kamerad Neckerle, Stuttgart, Olgastr. 56II, wenden.

* **Res.-Feldart.-Rgt. 27 und zugeteilte Munitionskolonnen.** Bis jetzt sind erfreulicherweise zahlreiche Anmeldungen zu der am Sonntag, 29. Mai 1921 nachm. 1½ Uhr im Konzertsaal der Liederhalle in Stuttgart stattfindenden Regimentszusammenkunft eingegangen, so daß eine rege Beteiligung zu erwarten ist. Es ist damit eine Gelegenheit geboten, alte Kameradschaft von den schweren Tagen in Flandern und Nordfrankreich her zu erneuern, so daß sich wohl auch die Kameraden einstellen werden, die sich bis heute noch nicht angemeldet haben.

17. Preußisch-Süddeutsche Klassenlotterie. 5. (Hauptklasse) 2. Ziehungstag. (11. Mai 1921). Auf Württemberg gefallene Gewinne: 6000 ℳ auf Nr. 14354, 64625, 174744, 178490, 186608. 1000 ℳ auf Nr. 190, 30956, 31874, 39320, 60315, 142745, 175686, 176788, 187942, 189599, 202822, 223040, 228319, 228239. 500 ℳ auf Nr. 31882, 169675, 174759, 174959, 177364, 177825, 186984, 187721, 189415, 189946, 189882, 223102. Außerdem 190 Gewinne zu 300 ℳ. (Ohne Gewähr.) — 3. Ziehungstag. (12. Mai 1921). 5000 ℳ auf Nr. 174867. 3000 ℳ auf Nr. 15161, 175536, 177005, 178519, 188892. 1000 ℳ auf Nr. 840, 31973, 174200, 174538, 175685, 178524, 188788, 193895. 500 ℳ auf Nr. 40489, 174503, 174519, 175279, 176011, 176661, 177168, 183626, 186590, 186601, 187109, 188328, 189609, 233203, 239999. Außerdem 207 Gewinne zu 300 ℳ. (Ohne Gewähr).

Die Einkommensteuererklärung. Die Frist zur Abgabe der Einkommensteuererklärung ist, wie aus Berlin amtlich gemeldet wird, mit Rücksicht auf die Pfingstfeiertage bis Dienstag den 17. Mai verlängert worden, **läuft also heute ab.**

Praktische Steuerwinke.

Von Dr. jur. Kurz, Steueranwalt, Stuttgart.

1. Bewahre alle Schriftstücke, die Steuersachen betreffen, sorgfältig auf; behalte insbesondere von allen Eingaben an die Steuerbehörden, auch von den Steuererklärungen, Abschriften bei deinen Akten zurück. Bei der nächsten Steuererklärung und bei Rückfragen seitens der Steuerbehörden werden dir diese Abschriften von Nutzen sein.

2. Prüfe alle Steuerbescheide auf ihre Richtigkeit. Die neuen Steuergesetze sind so schwierig, die Abänderungen folgen so rasch aufeinander und das Personal auf den Finanzämtern ist nicht immer in die Einzelheiten der Steuergesetze so eingearbeitet, daß immer die richtige Entscheidung getroffen wird. Die dem Steuerpflichtigen günstigen Auffassungen und Auslegungen der Gesetze setzen sich oft zunächst bei

Eine amerikanische Mumienfabrik.

In einer kleinen Stadt der Vereinigten Staaten hat man wie die „Newyork Times" mitteilen, eine überraschende Entdeckung gemacht. Es handelt sich um eine veritable Fabrik ägyptischer Mumien, die auf Bestellung, je nach Verlangen, die Mumie eines Kriegers, eines Fürsten oder Priesters, liefert. Mumien, deren pergamentene Lederhaut die zuverlässige Gewähr bietet, daß es sich um einen Zeitgenossen des Ramses oder Sethos oder eines anderen Aegyptiers handelt, der unter der 4. oder 8. Dynastie auf der Erde wandelte. Man verladet die Mumie, die in einer gewöhnlichen Holzkiste verpackt und als Baumwolle bezeichnet wird, in Newyork mit anderen Exportartikeln. Bei der Ankunft in Kairo wird sie von einem gerissenen arabischen oder griechischen Kaufmann in Empfang genommen, der sie in der Wüste oder im Schatten der Pyramiden, die auf die berühmten vierzig Jahrhunderte herabschauen, eine Ruhestätte auserwählt. Er braucht jetzt nur noch auf den landläufigen, bildungsbeflissenen Reisenden zu warten, der an ihn die obligate Frage richtet, ob es nicht möglich sei, für ihn eine Mumie auszugraben. Mit geheimnisvoller Miene gibt der schlaue Kaufmann zunächst eine ausweichende Antwort. Nach diesem Bitten findet er sich endlich bereit, mit dem Kauflustigen zusammen Nachforschungen anzustellen, die dann auch rasch zum Ziele führen. Vor Freude zitternd, sieht sich der Ausländer einer ausgegrabenen Mumie gegenüber, die Jahrtausende lang im Schoße der Erde geruht hat. Nach langem Feilschen erhandelt er das kostbare Objekt, wobei es sich nicht umgehen läßt, daß den am Werke beteiligten Arbeitern große Trinkgelder als Schweigegelder gegeben werden; denn die Ausfuhr von Mumien ist mit strenger Strafe bedroht. Der Abtransport erfordert deshalb besondere Vorsichtsmaßregeln und bedingt neue Trinkgelderspenden. Dafür hat aber der Ausländer die Freude, in seinem Hause einen Schatz zu beherbergen, um den ihn seine Freunde beneiden. Auf dem Erzeugnis der amerikanischen Industrie, dem mit raffiniertem Geschick vermittels von Gips und anderen Stoffen ein mumienähnliches Aussehen verliehen wurde, prangt jetzt eine Tafel, die die Inschrift zeigt: „Mumie eines ägyptischen Kriegers der 6. Dynastie, die am Sonntagsvoelten in der Nähe der Pyramiden gefunden wurde."

Die Entstehung der Kohle.

Unsere Kohlen sind zum größten Teil aus vor Jahrtausenden infolge großer geologischer Verschiebungen vernichteten Wäldern entstanden. Katastrophale Naturereignisse haben die Erdschichten verschoben und der Erdoberfläche ein völlig verändertes Aussehen gegeben, wobei die bisherigen obersten Schichten unter neuen Gesteinsmassen begraben wurden. Entsprechend der zeitlichen Aufeinanderfolge derartiger Erdbewegungen haben die Kohlenlager der Erde verschiedenes Alter. Im Gegensatz zur Holzkohle, die durch Verkohlen von Holz in Meilern oder Retorten gewonnen wird, ist die Bildung der fossilen Kohlen, wie Anthrazit, Stein- und Braunkohle, bei niedrigerer Temperatur erfolgt und hat sich auf sehr lange Zeiträume erstreckt. Am langsamsten ist die Verkohlung bei dem Anthrazit vor sich gegangen, worin sein hoher Gehalt an Kohlenstoff (bis 98 Prozent) begründet ist. Er ist frei von bituminösen, d. h. Erdharz enthaltenden Bestandteilen, entzündet sich schwer und verbrennt ohne Flamme und Geruch. Dagegen rußt die Steinkohle infolge ihres Kohlenwasserstoffgehaltes sehr stark. Bei ihr läßt die Struktur noch vielfach eine vegetabilische Herkunft erkennen. Weit jünger als der Anthrazit und die Steinkohle sind die Braunkohle und der Torf. Letzterer besteht zu fast gleichen Teilen aus Kohlenstoff (49 Prozent) und Sauerstoff (42 Prozent); nur geringe Mengen von Wasserstoff und Stickstoff sind in ihm vorhanden. Der Ausgangsstoff aller Kohlen ist die Zellulose und das Lignin, die Hauptbestandteile der Pflanzen. Aus diesen beiden Stoffen entstehen durch Vermoderung säureartige Stoffe, Huminsäuren, aus denen sich allmählich die eigentliche Kohlesäuresubstanz bildet. Nach den neuesten Forschungen hat das Lignin auf die Kohlebildung einen wesentlichen Einfluß, und die Wissenschaft ist von der Annahme, die Zellulose sei der wichtigste Bestandteil bei der Kohlebildung, abgegangen. Nach der vom Kaiser Wilhelm-Institut für Kohleforschung (Prof. Franz Fischer-Mülheim) aufgestellten Theorie wird bei der Vermoderung des Holzes und der Vertorfung der Pflanzenreste die Zellulose unter der Einwirkung von Bakterien verändert, während das Lignin sich im Laufe der Kohlebildung anreichert und nach und nach in Huminsäure übergeht. Durch weitere chemische Veränderung entsteht aus diesen Säuren das in Alkali unlösliche Humin, das sich durch die sogenannte Inkohlung bei gewöhnlicher Temperatur in Braun- und Steinkohle umwandelt. Diese neue Theorie hat die Benzolstruktur der Kohlesubstanz bewiesen.

Der austrocknende Genfer See.

Die außergewöhnliche Trockenheit in der Schweiz, die man in solchem Grade seit mehr als einem Menschenalter nicht verzeichnete, hat zu einem bedrohlichen Tiefstand der verschiedenen Seeflächen geführt. Am meisten erscheint der Genfer See betroffen, besonders auf der Strecke Genf—Lausanne. Die Ufer sind beinahe um 4—6 Meter Breite zurückgewichen, der Genfer Hafen ist kaum knietief mit Wasser bedeckt. Hier und da sieht man eigentümlich geformte Steinblöcke ragen, die früher vom Wasser bedeckt waren, und die Bevölkerung wird durch allerlei tolle Gerüchte in Unruhe versetzt. Beispielsweise fand man auf einem dieser Steine die Inschrift eingegraben: „Wenn ihr mich sehet, werdet ihr weinen!" Man nimmt dies für ein Menetekel aus alten Zeiten, da große Trockenheit herrschte.

Indes hat der jetzige Tiefstand der Seeflächen auch den einen Vorteil, daß man die verschiedensten Ueberbleibsel aus prähistorischen Zeiten studieren kann. Die Regierung hat denn auch einen Erlaß herausgegeben, wonach private Ausgrabungen und das Sammeln prähistorischer Funde verboten sind. Die Ufer des Genfer Sees haben in uralter Zeit Pfahlbauten aufgewiesen, in sehr großer Zahl, und seit einigen Wochen sind die Forschungen in regstem Betrieb. Bei Nyon, Versoix, sieht man die Ueberreste der Pfähle jetzt trocken aufragen. Was den Genfer Hafen betrifft, so hat man daselbst eine weitgestreckte Niederlassung entdeckt, in Hufeisenform, und zwar datieren die Pfahlbauten nahe dem Ufer aus der Steinzeit, während der weiter vorgeschobene Teil aus der Bronzezeit stammt und sich bis zu der Rhone Insel erstreckt, auf der sich jetzt das Denkmal von J. J. Rousseau erhebt. Die Entstehung dieses Pfahlbautendorfes dürfte nach den Forschungen des Genfer Gelehrten Louis Blondel um 6000 vor Christi zurückreichen. Seine Bewohner kamen anscheinend aus Asien. Die Pfähle sind aus Eichenholz, das im Laufe der Jahrtausende völlig schwarz geworden ist. Man hat auch viele Ueberbleibsel der damaligen Töpferkunst aufgefunden. Die Funde aus der Steinzeit sind sehr roh und ungeschlacht gearbeitet, dagegen verraten die aus der Bronzezeit ein gewisses Streben nach künstlerischer Form. Es scheint auch, daß die Pfahlbautenbewohner nicht zu derselben Rasse gehörten wie die Ansiedler am festen Boden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

den höheren Stellen durch und finden erst später ihre Berücksichtigung bei den Unterinstanzen, so daß es in zweifelhaften Fällen oft zweckmäßig ist, die Entscheidung der oberen Behörden anzurufen.

3. Vermerke auf jeder Zuschrift von der Steuerbehörde das Eingangsdatum; denn vom Tage der Zustellung an den Empfänger laufen die Rechtsmittelfristen.

4. Findest du dich in Steuersachen nicht zurecht, so hole den Rat eines Steuersachverständigen ein. Es kommt häufig vor, daß aus Unkenntnis der Steuergesetze zu hohe Steuern bezahlt werden oder manche Vergünstigungen oder Erleichterungen, die das Gesetz bietet, nicht wahrgenommen werden können.

Beerdigung. Sulz. Unter sehr zahlreicher Beteiligung von hier und Umgebung wurde am letzten Freitag unser infolge Herzschlags im 61. Lebensalter aus dem Leben geschiedener Schultheiß Weippert zur letzten Ruhe bestattet. Während der Ortsgeistliche den Verstorbenen als Menschen würdigte, schilderte ihn der Vertreter des Gemeinderats als einen Mann von rechtschaffenem Charakter, jedermann, ohne Unterschied, ob reich oder arm, alt oder jung, gleichmäßig gerecht behandelnd. Als Nachfolger des verstorb. Schultheißen Wörner, wie dieser bis zu seiner Erwählung zum Ortsvorsteher das Schmiedhandwerk betreibend, war Weippert erst seit 3 Jahren im Amt, nachdem er zuvor die Amtsverweserei und noch öfters Stellvertretung für den Ortsvorsteher versah. 25 Jahre lang war W. Mitglied des Gemeinderats, 20 Jahre lang Feuerwehr-Kommandant und 20 Jahre lang Kassier des Krieger- u. Mil. Vereins. Mit Worten ehrenden Gedenkens legten Kränze am Grabe nieder: Gemeinderat Beßler für die Gemeinde, Stadtschultheiß Maier Nagold als Vorstand des Bez. Körp.-Beamtenvereins, Schmiedobermeister Theurer-Nagold für die Schmiede-Innung des Bezirks und Kaufm. Wesenmaier als Vorstand des K.-Kriegervereins. Außer der Witwe hinterläßt der Verstorbene 2 Söhne u. 1 Tochter, wovon ein erwachsener Sohn, der jüngste, noch unversorgt ist. Innerhalb 3½ Jahren verlor nun die Gemeinde Sulz drei um sie verdiente Männer an der Spitze der Gemeindeverwaltung: die Schultheißen Wörner u. Weippert und den bezirksbekannten Gemeindepfleger Röhm. Alle drei haben sich durch treue Pflichterfüllung und ihre verdienstvolle Wirksamkeit ein gutes Andenken gesichert!

Württemberg.

Landtag.

r Stuttgart, 14. Mai. Der Landtag will seine neue Diätenerhöhung verdienen und markiert einen so großen Fleiß, daß er sogar, was in seiner Geschichte bis jetzt unerhört ist, am Pfingstsamstag eine Sitzung hielt. Sie wurde eröffnet mit einer typischen Rede des Komm. K. Müller, der von der kommenden schleichenden Krisis den geistigen und wirtschaftlichen Tod der arbeitenden Schichten Deutschlands erwartet und im übrigen über alles und jedes sprach, was mit dem Etat im Zusammenhang steht oder auch nicht. Minister Graf wehrte sich gegen Müllers Angriff, daß er die Kommunisten schikaniere, und teilte mit, daß die Regierung wegen der Vorgänge beim letzten Generalstreik um 110 000 ℳ eine Druckerei bei der staatlichen Ordnungspolizei eingerichtet hat. Scheef (DDP) trat für die Druckerei im Zellengefängnis Heilbronn ein und verteidigte die bei der Ordnungspolizei. Er forderte mehr Wohnungsfürsorge und Ueberweisung von Mitteln des Ausgleichsstocks auf rascherem Wege an die Gemeinden, besprach die Freigabe des Viehverkehrs u. kündigte einen Antrag zur Getreidewirtschaft an. Weitere Anträge gingen ein von der DDP., dem Zentrum und dem BB. Sie wurden alle an den Finanzausschuß zurückverwiesen. Da sie die Getreidebewirtschaftung betreffen, wandte sich Keil (Soz.) gegen sie, nachdem zuvor Ehrle (USP.) die Polizeidruckerei als Korruption bezeichnet, Finanzminister Liesching sie verteidigt hatte. Die Streichung der 1½ Millionen ℳ für die Einwohnerwehr wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Schließlich gelangte der gesamte Etat gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten zur Annahme. Angenommen wurden ferner die Anträge auf Abgabe von Waldstreu und auf Preisermäßigung der Arbeiterwochenkarten. Um ¼12 Uhr wurde die schon um 8 Uhr früh begonnene Sitzung geschlossen. Die nächste Sitzung ist unbestimmt.

Ein Antrag zur Getreidebewirtschaftung.

r Stuttgart, 14. Mai. Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei haben folgenden Antrag eingebracht: Das Staatsministerium zu ersuchen, 1. sobald die Brotversorgung der deutschen Bevölkerung zu angemessenen Preisen gesichert ist, bei der Reichsregierung für die restlose Aufhebung der Getreidebewirtschaftung einzutreten; 2. a) solange dies nicht möglich ist, dafür einzutreten, daß bei Einführung des Umlageverfahrens Betriebe mit kleiner Getreideanbaufläche von der Umlage befreit bleiben, die Umlage nach Anbaufläche abgestuft, keinesfalls aber auf mehr als 8 Zentner je Hektar festgesetzt wird; b) die Selbstversorgerration mindestens im bisherigen Umfang (jährlich 216 Klg.) gesichert bleibt; c) Betriebe, die ihr Lieferungssoll erfüllt haben, in der Verwendung des Restes der Ernte keinerlei Beschränkungen unterworfen werden.

Das württ. Kultministerium über den Religionsunterricht.

Auf die Eingabe des württ. Lehrervereins gegen die Verfügung vom 5. März 1921 über den Religionsunterricht in der Volksschule und den Lehrerbildungsanstalten hat das Kultministerium erwidert, daß eine Abänderung der Verfügung nicht in Aussicht gestellt werden könne. Zur Begründung wird ausgeführt: Die öfters wiederholte Unterstellung der Eingabe, daß die Verfügung den einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung und des Gesetzes vom 17. Mai 1920 widerspreche, trifft nicht zu. Vielmehr war das Ministerium gerade durch die erwähnten Bestimmungen gebunden und hat erst nach langwierigen und mühseligen Verhandlungen den nunmehr vorliegenden Ausgleich zwischen den zum Teil widersprechenden Interessen, Grundsätzen und Forderungen des Staates, der Schule und der Lehrerschaft auf der einen, der Religionsgesellschaften auf der anderen Seite erzielen können. Hierbei ist auch den Anträgen der Volksschulkammer insoweit entsprochen worden, als es nach Lage der Verhältnisse irgend möglich war. Daß die in § 6 Abs. 1 der Verfügung über den Religionsunterricht geforderte Erklärung, deren kurze Fristsetzung sich lediglich aus den vorliegenden besonderen Gründen der Verzögerung in der Veröffentlichung der Verfügung erklärt — nur von denjenigen Lehrern abzugeben ist, die sich vom Beginn des Schuljahres 1921/1922 an am Religionsunterricht nicht mehr beteiligen werden, ist nach dem ganzen Sinn der Verfügung selbstverständlich und wird im Ernst kaum irgendwo mißverstanden worden sein.

Die erste Aktienzeichnung für den Neckarkanal.

Wie wir hören, hat die Firma Peter Brucknann u. Söhne in Heilbronn als erste Firma der württ. Industrie den Betrag von 250 000 ℳ Aktien der Neckar-Donau-Kanal-A.-G. gezeichnet. Die Firma des langjährigen Vorkämpfers des südwestdeutschen Kanalgedankens stellt damit auch das Vorbild auf für das praktische Vorgehen zum Ausbau des Projekts. Es ist bereits gemeldet worden, daß die letzten Schwierigkeiten, die der Gründung der Finanzierungsgesellschaft noch im Wege standen, nun in Berlin beseitigt worden sind. Jetzt kann, jetzt muß aber auch der Zustrom des Geldes beginnen, dessen man zur großzügigen Inangriffnahme der Bauwerke bedarf. In diesem Augenblick hat der Führer der südwestdeutschen Kanalarbeit das Beispiel gegeben. Es wird, wir zweifeln nicht daran, Beachtung und Nacheiferung finden.

r **Wie sich der „freie" Milchverkehr gestaltet.** Stuttgart, 14. Mai. Zur Aufhebung der Zwangswirtschaft der Milch schreibt das Städt. Nachrichtenamt u. a.: Solange einem Bedarf von täglich 150 000 Liter nur eine Anlieferung von 50 000 Liter nach Stuttgart gegenübersteht, müssen die Einschränkungen aufrecht erhalten bleiben. Der Eigenverbrauch des Erzeugers ist allerdings frei. Noch wie vor darf aber die Milch nur an die ordnungsmäßigen Sammelstellen verkauft und nur an die bisherigen Milchgemeinden geliefert werden. Innerhalb dieser darf [illegible] nur durch den konzessionierten Milchhandel an die Bezugsberechtigten verteilt werden. Die Rationierungsvorschriften bestehen also weiter. Jeder sonstige Milchbezug, ebenso der wilde Milchhandel bleibt noch wie vor verboten.

r **Bankabschluß.** Stuttgart, 14. Mai. Die Württ. Vereinsbank bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende zur Verteilung. Der Reingewinn beträgt 6,6 Millionen ℳ. Vorgetragen werden rund 14 Millionen ℳ, außerdem 1,9 Millionen ℳ für Rücklagen, Pensionsfond, usw. verwendet. — Die Württ. Bankanstalt schließt für 1920 mit einem Reingewinn von 2,4 Millionen ℳ ab, aus dem 8 Prozent Dividende zur Verteilung kommen.

Calw. Dem Vorstand des Realprogymnasiums und der Realschule, Rektor Dr. Knodel, ist der Titel „Studiendirektor" verliehen worden.

r **Holzlieferung — Holzpreise.** Freudenstadt, 14. Mai. Bei der Generalversammlung des Vereins der Holzinteressenten Südwestdeutschlands wurde über die Frage der Holzlieferung für den Wiederaufbau verhandelt und mitgeteilt, daß bei der kürzlich erfolgten Submission aus Württemberg 9453 Kubikmeter Schnittwaren, aus Bayern 5700 und aus Baden 2500 Kubikmeter angeboten wurden. Das ist ein Zehntel des von der Entente verlangten Holzes. Damit sei der Beweis geliefert, daß die deutsche Holzindustrie zu den von der Entente aufgestellten Preisen für den Wiederaufbau in Frankreich, Belgien und Italien einfach nicht zu liefern in der Lage ist. — Die Waldinspektion Freudenstadt erzielte für einen Forchenstammholzverkauf 20 130 ℳ oder 220 Proz. der Taxpreise. Bei Fichtenstammholz wurden 222 Proz. erlöst. Für Brennholz, das zu 36 280 Mark ausgeboten war, wurden 46 080 Mark erzielt.

r **Milchfälscher. — Streik.** Backnang, 14. Mai. In letzter Zeit wurden in der hiesigen Milchsammelstelle mehrere Tage hintereinander Untersuchungen der eingelieferten Milch vorgenommen. Hierbei hat sich ergeben, daß in verschiedenen Fällen die Milch stark gewässert und abgerahmt war. Die Unregelmäßigkeiten sind der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. — In der Spinnerei ist ein Streik ausgebrochen, weil die organisierten Arbeiter die Entlassung Nichtorganisierter verlangen.

Vermischtes.

— **Ueberbürdung der Gerichte.** Wer gehofft hatte, daß nach dem Kriege eine Entlastung der Gerichte eintreten würde, hat sich gründlich getäuscht. Nicht nur die Zahl der bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten wächst beständig, vor allem die Strafgerichte haben infolge der zunehmenden Kriminalität Berge sich häufender Akten zu bewältigen. Wie sehr auch das Reichsgericht als höchster deutscher Gerichtshof diese Tatsache fühlt, ergibt sich daraus, daß unlängst die bestehenden Senate um einen vermehrt werden mußten. Es wird noch geraume Zeit vergehen, ehe das kürzlich publizierte Notgesetz zur Entlastung der Gerichte die gehoffte Wirkung hat.

— **Peru ein Auswanderungsziel?** In letzter Zeit gingen wiederholt Nachrichten durch die Presse, worin namens der peruanischen Regierung alle Erleichterungen, darunter auch Rückerstattung der Ueberfahrt, denjenigen angeboten wurde, welche nach Peru auswandern wollen. Neuerdings ist nun das Schreiben eines Vertrauensmannes dem Deutschen Ausland-Institut, Stuttgart, aus Lima zugegangen, in welchem es folgendermaßen heißt: „Von den 20 englischen Familien (welche auf Grund der bekannten Notiz über die Förderung der Einwanderung durch die peruanische Regierung ins Land kamen) sind jetzt die meisten in geeigneten Stellungen untergebracht, nachdem schon einige gerichtliche Klagen gegen den peruanischen Konsul in England eingereicht haben und wohl auch diplomatischer Druck dahinter gesetzt wurde. Die 30 ungarischen Familien sind noch immer ohne Beschäftigung in einem Notquartier untergebracht. Das Fahrgeld, das sie drüben durch Verkauf ihrer Habseligkeiten aufbrachten, ist ihnen noch nicht, wie versprochen, ersetzt worden und wird voraussichtlich — wenn überhaupt — nur zu einem kleinen Teile in ihre Hände gelangen, bei der Korruption der Beamtenschaft und dem Mangel an Staatsgeld. Es ist daher dringend vor allen Angeboten der peruanischen Regierung zu warnen. Haben doch selbst die Offiziere seit 2—3 Monaten keinen Gehalt mehr bekommen, wie viel weniger die anderen Beamten und kleinen Empfänger von Staatsgeldern . . . Von landwirtschaftlicher Auswanderung hierher ist nach meinen bisherigen Erfahrungen unbedingt abzuraten. Dagegen mögen geschäftstüchtige Handwerker u. dergl., wenn sie sich einige Jahre als Angestellte in dem Lande vertraut gemacht haben, sehr wohl auch selbständig ihr Fortkommen finden." — Diese Erfahrungen der englischen und ungarischen Auswandererfamilien mögen sich die deutschen Auswanderer rechtzeitig zur Warnung dienen lassen.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Lage in Oberschlesien.

Oppeln, 16. Mai, abends. Die Pfingstfeiertage haben eine Veränderung und Verschärfung der Lage infolge der Truppenverschiebungen gebracht, die im oberschlesischen Aufruhrgebiet in den gefährdetsten Kreisen vorgenommen wurden. Nach dem Abtransport der italienischen Truppen aus Nikolai wurde der Ort von den polnischen Aufrührern besetzt, die die 65 Mann starke Truppe der deutschen Abstimmungspolizei entwaffneten und gefangennahmen. Zahlreiche deutsche Flüchtlinge, die sich in Nikolai aufhielten, sind verschleppt worden. Nach neueren Nachrichten wurde Nikolai von den Insurgenten wieder geräumt. Die italienischen Truppen räumten weiterhin die Kreise Pleß und Rybnik und zogen sich in der Richtung auf Ratibor zurück. In den Städten Rybnik und Pleß befinden sich nur noch schwache französische Besatzungen, so daß die Gefahr einer Besetzung dieser Städte durch die Aufständischen besteht. Bis zur Stunde liegen über eine erfolgte Besetzung noch keine Nachrichten vor. In den Kreisen Hindenburg und Tarnowitz Terrorfälle und Verhaftungen von deutschgesinnten Oberschlesiern. In den übrigen Kreisen ist die Lage im wesentlichen unverändert. Von Seiten der interalliierten Kommission ist mehrfach eine Besserung der Lage in Oberschlesien berichtet worden, die den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise entspricht. In der Bevölkerung macht sich neuerdings eine starke Erregung bemerkbar, da Ereignisse befürchtet werden, die eine Folge der durch den polnischen Aufstand hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten darstellen.

Der englische Kommandeur amtsmüde.

Paris, 17. Mai. Der Sonderberichterstatter der Chicago Tribune meldet aus Oppeln, der Kommandeur der englischen Truppen im Bezirk von Beuthen habe seine Entlassung eingereicht, weil er seine Stellung als unhaltbar ansehe. Britische und italienische Offiziere hätten ihrer scharfen Entrüstung über die nachlässige Haltung den Polen gegenüber Ausdruck gegeben. Die Deutschen hätten gewiß recht, wenn sie sagten, daß die Verbündeten an ihnen Verrat übten.

Der geschäftige Briand.

Paris, 17. Mai. Briand ist entgegen seiner ursprünglichen Absicht, den Pfingstsonntag auf dem Land zu verbringen, in Paris geblieben. Er hatte mit dem Minister des Auswärtigen, dem Fürsten Sapieha eine längere Unterredung.

Die Wirtschaftslage nach Errichtung der Zollgrenze.

Köln, 17. Mai. Die Arbeitsmarktlage war im Monat April nach dem Bericht des städtischen Arbeitsnachweises weiterhin ungünstig. Die ohnehin gedrückte Stimmung im Wirtschaftsleben wurde verstärkt durch die zollpolitischen Maßnahmen. Die Ungewißheit über die Bestimmungen bezüglich der Ein- und Ausfuhr und über deren Durchführung in der Praxis bewirkte im gesamten Wirtschaftsleben die weitestgehende Zurückhaltung. Daraus entsprang ein Mangel an Aufträgen, über den besonders das Metall- und das Handelsgewerbe klagen. Die Folgen davon waren Betriebseinschränkungen und Arbeiterentlassungen.

Rasch bei der Hand.

Washington, 17. Mai. Präsident Harding hat eine Proklamation unterzeichnet, durch die für die Kohlengebiete Virginia und Kentucky das Standrecht verhängt wird. Es kam dort anläßlich eines Aufstands zu Zusammenstößen, bei denen mehrere Personen erschossen wurden.

Die unangenehme französische Vertretung beim Vatikan.

Paris, 17. Mai. Senator Jonnart hat sich, einer Havas-Meldung zufolge, auf die Bitte Briands bereit erklärt, die französische Regierung beim Vatikan zu vertreten, aber unter der Bedingung, daß seine Mission nur für kurze Zeit sei.

Letzte Kurz-Meldungen.

„Daily Expreß" schreibt, die englisch-französischen Beziehungen seien infolge der Meinungsverschiedenheit betreffs Oberschlesien so schlecht, wie niemals und erwähnt die Möglichkeit eines endgültigen Bruches.

Wie einwandfrei festgestellt ist, besteht zwischen Korfanty und dem polnischen Generalkommando in Posen eine besondere Fernschreibverbindung.

Der Präsident der polnischen Republik hat dem König von Italien den Ausdruck seines Bedauerns für die in Oberschlesien gefallenen und verwundeten italienischen Soldaten übermittelt.

In amtlichen Washingtoner Kreisen wird erklärt, daß die Regierung sich nicht in die oberschlesische Frage einmischen wolle, die sie für eine rein europäische Angelegenheit halte.

Wie „Intransigeant" berichtet, findet die nächste Sitzung des Obersten Rats voraussichtlich in Ostende statt. Auf der Tagesordnung stünde hauptsächlich die oberschlesische Frage.

Das Telegraphenamt in Karlstadt in Schweden ist in der Nacht zum Sonntag abgebrannt, wie man vermutet infolge starker vagabundierender elektrischer Luft- und Erdströme.

Die Bauernregierung Stambulinsky hat in Bulgarien an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht, die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt.

Die belgischen Eisenbahner sind der Ansicht, daß die Regierung nicht genügend Entgegenkommen gegen ihre Forderungen gezeigt habe. Sie bereiten Maßnahmen für einen Generalstreik vor, der sehr nahe bevorzustehen scheint.

Laut „Journal de Debats" hat die franz. Regierung beschlossen, alle diejenigen, die sich für die Jahresklasse 1919 freiwillig anwerben ließen, aus dem Heeresdienst zu entlassen.

Wie Reuter erfährt, werden Lloyd George und Briand in etwa einer Woche in Boulogne oder Lympne zusammentreffen.

Daily Expreß zufolge wird Lloyd George voraussichtlich die Führer der Bergwerksarbeiter und die Grubenbesitzer auffordern, mit ihm in dieser Woche in Chequers zusammenzukommen, um gänzlich neue Vorschläge zu prüfen.

Aus Teheran wird der Daily Mail gemeldet, daß angesichts der Räumung der Gegend von Menjil (?) durch die bolschewistischen Truppen der Rückmarsch der in Persien befindlichen englischen Truppen begonnen hat.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche Bekanntmachung.

Ausweispapiere. 2286

Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß jedermann, der beim Oberamt die Ausstellung eines **Staatsangehörigkeitsausweises, Heimatscheins** oder **Reisepasses** nachsuchen will, sich **vorher eine Aeußerung der Gemeindebehörde** seines Wohn- oder regelmäßigen Aufenthaltsort zu seinem Gesuch verschaffen muß. **Das Erscheinen beim Oberamt ohne diese Aeußerung ist zwecklos.** Wer einen Reisepaß benötigt, muß außerdem ein unaufgezogenes **Lichtbild** aus neuester Zeit beibringen. Auswanderer müssen ferner eine Bescheinigung des zuständigen Finanzamts vorweisen, daß ihrer Ausreise steuerliche Bedenken nicht im Wege stehen.

Nagold, den 14 Mai 1921. Oberamt: Münz.

Effringen.

Barbara Nikolaus
Ernst Roller
Verlobte

2281 **Pfingsten 1921.**

Achtung! 29er!

Alle früheren Angehörigen des Regiments aus dem Bezirk treffen sich beim **Regimentsfest in Ludwigsburg am Sonntag, den 22. Mai** bei

Gerstlauer z. Stadt Ulm

Ecke Körner- u. Lindenstraße

zur geselligen Zusammenkunft. 2288

Für gute Verpflegung ist bestens gesorgt!

Einige ältere getragene [2227

Anzüge (mittl. Größe)

sowie einen bereits neuen

Cutaway mit Weste

im Auftrag sehr preiswert zu verkaufen.

Herren- u. Damenschneiderei

Gebr. Weik, Nagold (Insel).

Nagold. 2204

Vitello-Butter

ist eingetroffen bei

Fr. Schittenhelm.

Altensteig.

Erstklassige	ℳ
Wagenfett das Kilo	7.—
Konsistenzfett	12.—
Lederfett	12.—
Riemenfett	10.—
Bodenöl	10.—
Motorenöl	15.—
Fahrrad-, Zentrifugen- und Nähmaschinenöl in weiß das Kilo	25.—
Schuhcreme 1 Pfd.	6.—

preiswert bei

Christian Seeger

beim Schatten. 2295

1 Kastenofen

verkauft der Obige.

Leichtere 2211

Hausarbeit

sucht

in Altensteig und Umgebung

Wer? sagt die Geschäftsst. d. Bl.

Nagold.

Ein aus der Schule entlassenes, ehrliches 2294

Mädchen

wird auf 1. Juni gesucht.

Von wem? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Ein schönes, sieben Monat altes

Zuchtrind

setzt dem Verkauf aus

Wilhelm Wurster

Schönbronn. 2277

Wildberg.

Einem werten Publikum von hier und auswärts gebe bekannt, daß ich neben dem

faßweisen Weinverkauf

nun auch den

Klein-Verkauf

betreibe.

Gebe also Wein auch

Liter- u. halbliterweise ab.

Empfehle einen prima

Dürkheimer Natur-Rotwein

das Ltr. zu ℳ 13.—

ebenso einen feinen

Hambacher Natur Weißwein

das Liter zu ℳ 17.—

Hochachtend

August Müller

Küferei u. Weinhandlung.

Nagold. 2268

Eine ältere

Hobelbank mit Werkzeug zu kaufen gesucht.

Von wem? sagt d. Geschäftsstelle d. Bl.

2296 **Effringen.**

Unterzeichnetem ist ein

Halbhund

mit Kettenhalsband **zugelaufen.** Derselbe kann gegen Entrichtungsgebühr und Futtergeld sofort abgeholt werden.

Georg Geigle, Maurer.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Knaben

zeigen in großer Freude an 2290

Friedrich Kaupp u. Frau Albertine.

Nagold, den 15. 5. 21.

Schneider

für Heimarbeit

per sofort gesucht.

Von wem? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl. 2289

Nagold 2292

Waldgeschirr

setzt dem Verkauf aus

1 Reppeleisen, 2 Scheiden, 1 Waldsäge, 1 Astkeil, 1 Kreuzpickel, 1 Reuthaue

mit 2 Federn. Wer? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

2291 Sulz, 14. Mai 1921.

Danksagung.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die wir bei dem herben Verlust unseres so jäh aus dem Leben gerissenen lieben Gatten, Vaters, Bruders, Schwieger- und Großvaters

Simon Weippert

Schultheiß

in so reichem Maße erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers, den erhebenden Gesang des Liederkranzes, die ehrenden Nachrufe seitens des Gemeinderats, der Amtskörperschaft, des Kriegervereins und der Schmiede-Innung, sowie für die zahlreiche Begleitung von hier und auswärts und die vielen Blumenspenden sagt innigsten Dank:

Namens der trauernden Hinterbliebenen

die Witwe Margarete Weippert

geb. Dengler.

Donnerstag den 19. Mai

abends 1/8 Uhr im Festsaal des Seminars

Kinderlieder-Konzert

für Jung und Alt

von Helene Kausler-Reutlingen.

Vorverkauf in der Buchhandlg. Zaiser.

Numer. Platz 3.50 | einschl. Steuer.
offener „ 2.20 |

Kinder je die Hälfte 2289

Lagervertreter

für hiesigen Bezirk gegen Gehalt und Provision per sofort **gesucht.** Zur Uebernahme des Bezirkslagers sind ca. 12000 Mk. erforderlich.

Schriftliche Bewerbungen an:

Prometa G. m. b. H., Berlin W 9

2279 Schellingstr. 5.

2287 **Nagold,** den 15. Mai 1921.

Statt besonderer Anzeige!

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber Gatte, Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder und Schwager

Jakob Killinger

Bahnwärter a. D.

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die tiefgebeugte Gattin
Friederike Killinger geb. Huber.

Die Beerdigung findet Dienstag nachm. 4 Uhr statt.

Tüchtiges 2278

Alleinmädchen

das kochen kann, für Küche und Haushalt auf 1. Juni bei guter Bezahlung und familiärer Behandlung **gesucht** von Frau **Rechtsanwalt Neustadt, Stuttgart,** Moltkestr. 54 I.

Weißer Mull

4 Mtr. Mk. 15.—

Waschbar u. färbbares glattes Gewebe. — Für Vorhänge u. Baby-Wäsche etc. ca. 4 m lang und ca. 1 m breit 2215

Auswärts Nachnahme-Packung nicht unter zwei Stück. Porto- u. Spesenberechnung 3.50.

Sanitätshaus

Rühlemann

Heidelberg, Hauptstr. 140 Telefon 716.

„Nissin"

gegen **Kopfläuse**

Nichts anderes nehmen! Zu haben in der **Apotheke.**

2281 **ÜBERZEUGEN SIE SICH VON DER GÜTE DURCH EINEN VERSUCH** - Preis 1 M. 85 ₰ für ein Paket

KRAEMER & FLAMMER · HEILBRONN a/N.

Guten

Most

kann abgeben.

Wer? sagt die Geschäftsstelle des Blattes. 2289

3000–4000

Most werden gegen gute Sicherheit **aufzunehmen gesucht.**

Von wem? sagt die Geschäftsstelle d. Bl. 2290

Emser Wasser

gegen Katarrh u. s. w.

EMS Schutzmarke